

Ploenus, Michael

Innerer Aufbruch und Reform. Die Wende der Universität Jena 1988-1991

Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung 11 (2002) 1, S. 131-147



Quellenangabe/ Reference:

Ploenus, Michael: Innerer Aufbruch und Reform. Die Wende der Universität Jena 1988-1991 - In: Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung 11 (2002) 1, S. 131-147 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-165284 - DOI: 10.25656/01:16528

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-165284>

<https://doi.org/10.25656/01:16528>

in Kooperation mit / in cooperation with:



Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

<https://www.hof.uni-halle.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der:


Leibniz-Gemeinschaft

Innerer Aufbruch und Reform

Die Wende an der Universität Jena 1988 – 1991

Michael Ploenus
Jena

**Zwischen Anpassung und
Widerstand – Zur Tradition
universitären Protestes**

Die Universitäten und Hochschulen der ehemaligen DDR machten im Herbst 1989 „kaum Schlagzeilen“ und standen „weder im Blickpunkt des öffentlichen Interesses“, noch waren sie Impulsgeber für gesellschaftliche Veränderungen (Fischer 1992, 342). Lapidar formuliert es Bernd-Reiner Fischer, ehemals Bildungsforscher:

„Die Studentenschaft und der Wissenschaftlerstand verfügten über kein nennenswertes, gesellschaftlich relevantes Kritikpotential. Dafür hatten die Mechanismen ihrer Rekrutierung und eine langjährige wissenschaftsfeindliche Funktionalisierung der Wissenschaft erfolgreich gesorgt.“ (Ebd.)

Zu gleichem Fazit kommt Renate Mayntz, wenn sie konstatiert, daß die Universitäten alles andere als ein „Hort der Opposition“ gewesen seien, zumal es enge Verknüpfungen mit der Bürgerbewegung nicht gegeben hätte (Mayntz 1994, 284). Dies bedeutet allerdings nicht, daß sich an den Hochschulen der DDR kein Widerstand gegen Bevormundung und Indoktrination geregt hat. Gerade die Alma mater Jenensis galt als tendenziell eher unruhige Universität. Gleichwohl war sie eine Universität *in* der DDR und als solche eingebettet in die systemischen Strukturen. Die zweifellos richtigen Einschätzungen von Mayntz und Fischer hinsichtlich feh-

lender gesellschaftlich relevanter Impulskraft der Hochschulen im Wendeprozess sollten außerdem nicht dahingehend mißverstanden werden, als hätte es während des gesellschaftlichen Umbruchs keine Initiativen zur Reform – vor allem der eigenen Hochschule – gegeben. Wie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zog der allgemeine Aufbruch in der DDR auch die Universitäten in den Strudel der Veränderungen und zwang sie *nolens volens* zum Handeln. In diesem Kontext sticht die Friedrich-Schiller-Universität wiederum besonders hervor, da sie sich im Vergleich zu anderen Hochschulen als fähig und entschlossen zur konsequenten personellen und strukturellen *Selbsterneuerung* zeigte. Die „Existenz einer geschlossenen Erneuerergruppe“ in Form einer professoralen Aktionsgemeinschaft erwies sich dabei als entscheidender Faktor. Nachfolgend soll der Prozeß des Wandels mit seinen wichtigsten Stationen skizzenhaft nachgezeichnet werden (vgl. Mayntz 1994, 300).

Seit Wiedereröffnung der Jenaer Universität nach dem Zweiten Weltkrieg und der bald einsetzenden massiven ideologischen Indoktrination hat es immer wieder unterschiedlich stark akzentuierten Protest gegen die Gleichschaltung gegeben. Hier kann die Universität auf eine Kontinuität der Auflehnung und des Protestes individueller und kollektiver Art verweisen. Es waren in den fünfziger und sechziger Jahren vor allem bürgerliche Professoren wie Karl Heussi, Hans Leisegang oder Walter Brednow, die die Fahne akademischer Freiheit hochzuhalten versuchten. Nicht unerwähnt bleiben dürfen auch die studentischen Formen des Protestes im sogenannten *Eisenberger Kreis* oder die beißenden Satiren des Physikerballs von 1956 (vgl. z.B. von zur Mühlen 1995; Herrmann et al. 1997). Kam der Protest in dieser Zeit aus der bürgerlichen Ecke, so wurde seit den siebziger Jahren die Kritik von links geäußert. Literaten wie Lutz Rathenow oder Jürgen Fuchs und mit ihnen sympathisierende Studenten suchten nach der moralischen Alternative zum real existierenden Sozialismus und klagten die propagandistischen Versprechungen des Regimes auf ihre Weise ein. Es waren schließlich auch in dieser Tradition stehende junge linke Gruppen, die die Wende an Universität einleiteten und forcierten. Etwas zeitversetzt brachen sich jedoch auch die verschütt geglaubten, aber virulenten bürgerlichen Positionen die Bahn und gewannen schließlich die Oberhand.

Auf dem Weg in den Herbst 1989 – Vom Verbot des „Sputnik“ zur Kommunalwahl

Das Verbot des sowjetischen Digest „Sputnik“ im November 1988 steht symbolisch für die zugespitzte politische Situation in der DDR. Es kam zwar nicht zu spektakulären Aktionen im Kontext dieser Zensurmaßnahme, aber die Wellen der Empörung schlugen allerorten – nicht zuletzt in der SED selbst – hoch. Das Verbot wurde als endgültige Absage an politische Reformen verstanden und demonstrierte einmal mehr die Starrheit der Führungsriege. Besonders bedauert wurde, daß der als konstruktiv empfundene Meinungsstreit der sowjetischen Öffentlichkeit, der ja auch DDR-ähnliche Probleme thematisierte, nicht mehr verfolgt werden konnte. Die nahezu gleichzeitige Verleihung des Karl-Marx-Ordens an den sinistren rumänischen Diktator Nicolae Ceausescu war da bedrückend folgerichtig. Beide Ereignisse lösten vereinzelt Protest an der Universität aus, zumindest aber einen Unmut, der nachhaltig wirkte.

Wie groß der Vertrauensschwund in die SED inzwischen war, zeigte sich besonders deutlich bei den Kommunalwahlen im Mai 1989. An der Universität gab es nach Erkenntnissen des Ministeriums für Staatssicherheit eine deutlich höhere Zahl von Nichtwählern und Gegenstimmen als bisher. Zusammen mit dem traurigen Höhepunkt der Rechtfertigung des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking vom Juni 1989 durch die SED-Führung führte dies kurz vor und während der Semesterferien zu einer dramatischen Verschlechterung der Lage – landesweit und damit auch an der Universität (vgl. Kluge/Meinel 1997, 198ff.).

Es waren bei diesen Gelegenheiten im Raum der Universität hauptsächlich Studenten, die durch ihre Äußerungen und Handlungen auffielen. Seit geraumer Zeit schon versuchten engagierte Studierende, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen, um sich Freiräume zu erobern. Anfang der 80er Jahre hatte sich ein loser, halboffizieller Gesprächskreis von – pikanterweise – Theologie- und Jurastudenten gebildet, der über weltanschauliche Barrieren hinweg den Dialog probte. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden die Gespräche über Gott und die Welt intensiviert, die 1988 schließlich zu der für DDR-Verhältnisse kühnen Idee führten, eine gemeinsame Aktion abseits der FDJ-Strukturen zu starten. In privater Initiative wollte man Geld für einen Ambulanzwagen sammeln, der einem Krankenhaus in Nicaragua zugute kommen sollte. Das republikweite Echo war beachtlich, ebenso wie der Erfolg. Die Aktion

fand zahlreiche Unterstützer, wie etwa den Liedermacher Gerhard Schöne oder die Schriftstellerin Rosemarie Schuder. Auch Professoren wie der Verfassungsrechtler Gerhard Riege stellten sich hinter die Studierenden und deren Anliegen. Trotz letztlich erfolgreicher Usurpation der Initiative durch die FDJ-Leitung war die Ambulancia-Aktion hinsichtlich ihrer Intentionen ein Erfolg. Der erwartungsgemäß erfolglose Versuch der Gründung einer unabhängigen und kritischen Studentenzeitung im Frühjahr 1989 war schließlich ein weiteres Indiz für das studentische Unruhepotential.

Bei allem Protest und Unbehagen darf freilich nicht übersehen werden, daß die universitäre Masse passiv blieb. Professoren und Studenten bewegten sich fließend zwischen halblautem Protest und halbprivaten Reformdiskussionen einerseits sowie einfach angepaßter Fraglosigkeit andererseits. Eine detaillierte Typisierung scheint kaum möglich, da die individuellen Arrangements mit dem System zu mannigfaltig waren. Man kann auf eine Formulierung von Peter Bender zurückgreifen, der die Atmosphäre der DDR der achtziger Jahre als „halbtolerante Langeweile“ charakterisierte (Bender 1992, 11). In dieser halbtoleranten Gesellschaft suchte sich der Einzelne seinen Platz und seine Nische, mit unterschiedlicher Vehemenz die Grenzen der „Halbfreiheit“ auslotend.

Der Herbst der Studenten

Es ist aber nicht verwunderlich, wenn Studenten auch im Herbst 1989 die deutlichsten Akzente an der Alma mater setzten. Schon im September fielen sie in der Zeit allgemeiner Protestbriefe und Stellungnahmen zur gesellschaftlichen Situation durch eine sektionsübergreifende Briefaktion auf, an der sich 12 der 16 Jenaer Sektionen beteiligten. „Ein Versuch, diese Entwicklungen zu stoppen, mißglückte der Universitätsleitung – für uns das erste Erlebnis des Erfolgs über den Apparat“, schreibt der daran beteiligte Tilo Schieck (Schieck 2000, 227). Verantwortlich für die Aktion zeichnete ein studentischer Kreis, der hauptsächlich aus renitenten FDJ-Funktionären aus den Sektionen Mathematik, Psychologie, Biologie und Theologie bestand und der sich überdies, quasi interdisziplinär, schon Anfang 1989 als halbprivater Stammtisch gefunden hatte.

Am 9. Oktober faßte dieser Kreis unter dem Eindruck der Berliner Ereignisse vom 7. Oktober den Beschluß, ein Plenum für den dringenden Diskussionsbedarf an der Universität zu schaffen. Zehn Tage später fand

tatsächlich unter dem Namen „Reformhaus“ die erste freie Veranstaltung mit etwa 800 beteiligten Studenten, einigen Universitätsmitarbeitern und Gästen statt. Weitgehend unstrukturiert und recht chaotisch und stets basisdemokratisch bemüht, diskutierten die Studenten in verschiedenen Arbeitsgruppen zu Fragen der Demokratisierung der Hochschule, zu allgemeinen Problemen des Rechtsstaates oder der Bedeutung gesellschaftlicher Werte. Mit dem Titel „Mut statt Wut“ gelang es den Initiatoren des „Reformhaus“ im Anschluß auch noch, ein erstes unzensiertes Informationsblatt als Sonderdruck der Universitätszeitung „Sozialistische Universität“ zu publizieren, womit, ebenfalls erstmalig, das Informationsmonopol der Universitätsparteileitung durchbrochen wurde.

Vor allem aber kreiste das Problem, wie es mit dem „Reformhaus“ selbst weitergehen könne, also ob man für eine Reformierung der FDJ oder eine autonome Studentenvertretung streiten sollte, über dem Plenum. Recht bald wurde diese Frage konkret zugunsten der Idee eines Studentenrates beantwortet. Eine Woche nach der „Reformhaus“-Veranstaltung beschlossen studentische Arbeitsgruppen, ein Papier für die weitere Arbeit zu entwerfen. Am 2. November lag das Konzept eines Studentenrates als unabhängige und demokratische Studentenvertretung, deren Mitglieder persönlich und geheim in jeder Sektion gewählt werden sollten, auf dem Tisch. Auf einer Versammlung von Delegierten aller Sektionen billigte man den Entwurf und berief eine Urabstimmung der Studentenschaft zu diesem Thema ein. Der Rektor Hans Schmigalla kam trotz rechtlicher Bedenken nicht umhin, den sich bildenden Studentenrat formal anzuerkennen und seine Zusammenarbeit anzubieten. An der Urabstimmung Mitte November 1989 beteiligten sich schließlich 70% der Studenten, die mit 90% für den Studentenrat votierten. Am 23. November konstituierte sich auf dem zweiten „Reformhaus“-Plenum dann die studentische Vertretung und wählte den Geschichtsstudenten Gert Noack zum Vorsitzenden.

Der Versuch der Parteileitung, den Aufbruch der Studenten noch durch die Gründung eines „Sozialistischen Studentenbundes“ kontrollierend aufzufangen, scheiterte wegen des Boykotts der Studierenden. Überhaupt stand die Reform der FDJ-Arbeit an der Universität nun nicht mehr zur Debatte. Dabei war man anfangs durchaus um ein konstruktives Miteinander bemüht. Die FDJ-Leitung der Universität aber zeigte sich halsstarrig, und so forderten die Initiatoren des „Reformhauses“ den Rücktritt der Leitung, zumal auch Verhandlungen über die Mitnutzung der Infra-

struktur gescheitert waren. Zwar konnte die FDJ-Leitung auf der letzten Delegiertenversammlung am 29. November nicht zur Selbstauflösung bewegt werden. Jedoch ließen sich „Reformhaus“-Studenten als neue Leitung wählen und beschlossen daraufhin sofort, die Arbeit der FDJ zum 31. Dezember 1989 einzustellen.

Trotz aller Erfolge ging der „revolutionäre Schwung“, der Teile der Studentenschaft erfaßt hatte, durch die gravierenden sozialen und studienbedingten Probleme, vor die man sich gestellt sah, über den Jahreswechsel 1989/90 verloren. Auf den Gang der Veränderungen an der Universität hatten die Studierenden kaum mehr Einfluß. Zwar saßen Vertreter in den wichtigsten Gremien der Alma mater, konnten sich dort aber mit dem sicher auch unter der Studentenschaft nicht zwingend mehrheitsfähigen „Konzept“ einer sich diskursiv von unten erneuernden Hochschule bei paritätischer Besetzung der entscheidenden Gremien nicht durchsetzen. Bestenfalls agierten sie als Korrektiv. Dennoch bleibt ihre Vorreiterrolle bei den Veränderungsprozessen an der Universität unbestritten. Sie griffen die inflationär gebrauchte Dialogfloskel beherzt auf und setzten im November 1989 konsequent ihre Forderungen durch. Noch bevor sich Professoren und Dozenten in anderer Qualität an die Reform der Universität machten, hatten die Studenten das für sie vorerst Erreichbare erreicht.

„Staffelübergabe“ – Die professorale Initiative seit Dezember 1989

Mit der Grenzöffnung am 9. November 1989 war der Weg vom Protest zur Gestaltung leidlich geebnet. Die Proteste hatte das System ins Wanken und schließlich zum Fallen gebracht. Wie sollte es nun aber weitergehen? Es war klar, daß die Reform einer Institution wie der Universität in erster Linie von innen heraus erfolgen mußte. Dazu bedurfte es der Selbstaktivierung demokratischer Kräfte aus dem Kreis der Lehrenden. Da berechtigte Zweifel an dem konsequenten Reformwillen der bisherigen Entscheidungsträger bestanden, mußten demnach zunächst die leitenden Stellen neu und demokratisch legitimiert besetzt werden. Die demokratische Gestaltung der Hochschule war also *vorläufig* ein personelles und weniger ein strukturelles oder Statutenproblem. Spektakuläre Aktionen von Universitätsmitarbeitern waren bislang jedoch ausgeblieben. Eine Ausnahme bildete der Mediziner Ulrich Zwiener, der im Oktober 1989 in

einer ungenehmigten Veranstaltung offen das Ende des SED-Machtmonopols und die Erarbeitung demokratischer Prinzipien für das Universitätsleben forderte, was seitens der Universitätsleitung zum Vorwurf des verfassungswidrigen Verhaltens und zur Androhung seiner Entlassung führte. Sein Vorstoß blieb im Herbst 1989 allerdings ein Einzelfall (vgl. Zwiener 1998, 30ff.).

Ein kleiner Kreis von nicht nur reform-, sondern auch aktionswilligen Dozenten organisierte sich erst am 7. Dezember. Auf Initiative des Inter-nisten Dietfried Jorke und sieben weiterer Kollegen gründete sich die „Aktionsgemeinschaft zur demokratischen Erneuerung der Hochschule“ (ADEH). Die Aktionsgemeinschaft wurde bald zu der schlagkräftigsten und einflußreichsten Gruppierung an der Universität, deren Vertreter im Laufe des Jahres 1990 in allen wichtigen Leitungsgremien zu finden waren. Die Reformer kamen dabei fast ausnahmslos aus dem medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich. Jenseits vollmundiger Reformrhetorik benannte die ADEH genaue Ziele und Schritte, die für eine glaubhafte Demokratisierung notwendig waren: auf staatlicher Ebene die Erarbeitung eines neuen Hochschulgesetzes, vor Ort zunächst der Rücktritt der wissenschaftlichen Räte, des Senats, des Rektors und anschließende demokratische Neuwahlen. Hinzu kam die Forderung nach Stornierung der Berufungslisten. Ein darüber hinaus gehendes Anliegen schimmerte vorerst nur durch: die Wiederherstellung der klassischen Universitätsstruktur. Es ist nicht verwunderlich, wenn aus dem Umfeld der ADEH heraus im Dezember 1989 zu einem gesamtdeutschen Wartburgtreffen aufgerufen wurde, das der Einheit von Wissenschaft Ost und Wissenschaft West im Geiste des Humanismus den Weg ebnen sollte (vgl. Zwiener 1990). Diesem Ideal folgend, wurde Anfang 1991 das *Collegium Europaeum Jenense* gegründet (vgl. Zwiener/Fenk 2001).

Die Mühen (mit) der Demokratie – Neuwahl der Universitätsleitung

Der Rektor mußte sich dem nachhaltigen Druck der ADEH beugen und empfahl die Neuwahl des Wissenschaftlichen Rates. Das Vorgehen der Reformer war in Hinblick auf diese Neuwahlen unnachgiebig, dabei aber taktisch klug. Die Vertreter der Aktionsgemeinschaft zweifelten nicht – zumindest nicht öffentlich – an der Integrität leitender Funktionäre, sondern beanstandeten allein formaljuristische Fehler bei der vorangegange-

nen Wahl. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit machten die ADEH-Vertreter zudem ihre Positionen deutlich und verhinderten so die Verschleppung dringender Fragen. Dadurch gelang es ihnen, Versuche der Leitung, die notwendige Erneuerung ins seichte Fahrwasser eines fortgesetzten, aber konsequenzlosen Dialoges zu führen, abzuwehren. Am 19. Januar 1990 erfolgte die Wahl des Wissenschaftlichen Rates, was die Möglichkeit der Neukonstituierung der Fakultätsräte und des Senats eröffnete. Als sich am 29. Januar 1990 der Wissenschaftliche Rat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenfand, forderte Dietfried Jorke den amtierenden Rektor Hans Schmigalla in einer scharfen Rede auf, von seinem Posten zurückzutreten. Das Ergebnis der vom Rektor daraufhin gestellten Vertrauensfrage fiel deutlich aus. Damit stand der Wahl eines neuen Rektors nichts mehr im Wege. Die ADEH konnte einen ersten großen Erfolg verbuchen, der Machtverlust der Universitätsparteileitung (UPL) und der alten Funktionäre in den universitären Gremien war evident.

Dieser Machtverlust kündigte sich freilich schon im Herbst 1989 an. Versuche der UPL, die Proteste zu kanalisieren und sich als Erfinder und als Speerspitze eines breiten Dialoges zu präsentieren, scheiterten kläglich. Von der Heftigkeit des Aufbruchs überrollt, zogen sich die Vertreter des alten Systems mehr und mehr zurück, formulierten Aufrufe und Stellungnahmen oder debattierten Grundsätzliches, so z.B., ob der Sozialismus ohne die Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei denkbar wäre oder ob die neu gegründete Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) die Spaltung der Arbeiterklasse bezwecke.¹ Dennoch wurde der alte Apparat zu keiner Zeit von den Reformern unterschätzt. Immerhin war er noch gut organisiert und im Besitz der besseren Informationsmöglichkeiten (vgl. Zwiener 1998, 37).

Sich den Zeichen der Zeit stellend, hatte die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, deren Angehörige sich von den Veränderungen am stärksten betroffen fühlen mußten, mit Gerhard Riege einen zwar reformorientierten Sozialisten, aber auch profilierten DDR-Staats- und Verfassungsrechtler als Kandidaten für das Amt des Rektors nominiert. Die ADEH hatte mit dem Mediziner Wolfgang Klinger schon seit Ende Januar ihren Wunschkandidaten, der offiziell als Kandidat der Medizinischen

¹ Vgl. SDP in der DDR?, Sonderdruck der SED-Parteorganisation der FSU vom 11. Oktober 1989.

Fakultät antrat. Die Mathematisch-Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät schickte den Chemiker Egon Uhlig ins Rennen.

So kam es am 23. Februar 1990 zu einer denkwürdigen Wahl, bei der im zweiten Wahlgang überraschend Gerhard Riege zum Rektor gewählt wurde. Für die ADEH-Vertreter war es ein regelrechter Schock. Sie mutmaßten Wahlbetrug und drängten wenige Tage später auf Annullierung der Wahl. Die Berechtigung dafür sahen sie in einem unklaren Briefwahlmodus, der letztlich Riege zum Vorteil gereicht hätte. Der Wissenschaftliche Rat beugte sich mit einem knappen Votum dem Druck der ADEH und ordnete Neuwahlen an. Der erboste Gerhard Riege und Egon Uhlig verzichteten auf eine erneute Kandidatur. Statt dessen stellten sich mit Wolfgang Klinger und dem Physiker Ernst Schmutzer gleich zwei Exponenten der ADEH. Dabei hatte man sich innerhalb der Aktionsgemeinschaft darauf geeinigt, daß man im Falle eines zweiten Wahlgangs für Schmutzer votieren würde. Am 2. April 1990 wurde so schließlich Ernst Schmutzer zum 314. Rektor der Alma mater Jenensis gewählt. Damit war das gestellte Ziel der ADEH im wesentlichen erreicht. Alle wichtigen Gremien waren nun neu besetzt und hinreichend demokratisch legitimiert. Der erste Wahlakt vom 23. Februar 1990 mit dem unerwarteten Sieger Gerhard Riege bleibt jedoch ein sensibler Punkt der jüngsten Universitätsgeschichte, an dessen Recht- bzw. Unrechtmäßigkeit sich die Geister scheiden.

Erneuerungsversuche mit ungewissem Ausgang

Am 19. April wurde der neue Rektor ins Amt eingeführt. Zuvor hatte sich Ernst Schmutzer mit Vertretern der ADEH getroffen, die ihm einen Katalog mit strukturellen Aufgaben vorlegten. Das Programm, welches dann auch in Schmutzers Investiturrede einfloß, war beachtlich. Man nahm sich vor, schnell mit dem Wissenschaftsrat Verbindung aufzunehmen, die MfS-Tätigkeiten an der Alma mater zu analysieren und gleichzeitig die Stasi-Mitarbeiter in Leitungsfunktionen auszuschalten, die Universität wieder klassisch in Fakultäten und Institute zu gliedern, einen Kanzler zu berufen, ebenso zwei Prorektoren. Die Arbeit ging zügig voran. Noch vor der Sommerpause sollte die Verwaltungsreform abgeschlossen sein. Der Zeitplan wurde eingehalten. Am 1. Juni 1990 ernannte Schmutzer Dezenten, Referenten und Sachgebietsleiter. Von dieser Maßnahme versprach man sich Entbürokratisierung und Transparenz. Nicht zuletzt war

es eine Angleichung an die Verhältnisse der Bundesrepublik. Mit einem Festakt am 26. Juni wurden daran anschließend elf Fakultäten gegründet, deren Dekane frei und geheim gewählt wurden. Freilich hatte dieser Gründungsakt eher symbolischen Charakter. Immerhin bewegte man sich in einer juristischen Grauzone, ohne Absegnung durch das Berliner Hochschulministerium und ohne Gewißheit, wie nach der deutschen Einigung verfahren werden würde. Ernst Schmutzer erinnert sich dieser Ungewißheiten:

„Es war eine turbulente Zeit, in der ich aus verständlichen Gründen auf Anträge der verschiedensten Art bei diesem vorgesetzten Ministerium nur in Ausnahmefällen und nach wiederholtem Mahnen Antwort bekam. Noch jetzt habe ich die Standard-Antwort auf all mein Drängen im Ohr: 'Nur keine Fakultäten schaffen. Es wird alles anders kommen.'“ (Schmutzer 1995, 134)

Schwieriger gestaltete sich dagegen die fachliche und personelle Erneuerung. Vor allem Fragen der arbeitsrechtlichen Konsequenzen für politisch belastete und wissenschaftlich nicht kompetente Universitätsangehörige sowie der notwendigen Personaleinschränkungen im Mittelbau wurden zu universitätspolitischen Dauerbrennern, die die Salana bis weit in die neunziger Jahre hinein in Atem hielten. Was die fachliche Erneuerung der ideologisch belasteten Fächer betraf, so berief der Rektor paritätische Kommissionen. Diese wurden mit kompetenten Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik und aus Jena besetzt, die Konzepte für den Umbau der betroffenen Fächer erarbeiten sollten. Allerdings kam man über Ansätze nicht weit hinaus. Zudem endete die Arbeit der Kommissionen abrupt im Dezember 1990 auf Beschluß der Thüringer Landesregierung, die eine eigene Hochschulstrukturkommission ins Leben rief, um gerade die sensiblen Bereiche zentral neu zu organisieren. Die Landesregierung hatte wohl die Befürchtung, daß sich gerade Juristen, Pädagogen oder Philosophen um ihre eigene Qualifikation herum Konzeptionen schaffen würden, wie dies im Falle der ehemaligen Sektion Marxismus-Leninismus offensichtlich schien. Die hatte sich nämlich, ministeriell abgesegnet, zum 1. Januar 1990 in „Sektion Politik- und Sozialwissenschaften“ umbenannt, wohl im Glauben, mit altem Mitarbeiterstamm für neue Inhalte stehen zu können. Der Verdacht des bloßen Etikettenwechsels lag mehr als nahe.

Das größte Problem überhaupt stellte die personelle Erneuerung dar, weil diese natürlich Entlassungen bedeuten mußte. Wohlwissend hatte Schmutzer in seiner Investiturrede dieses Thema ausgespart, obwohl klar war, daß tiefe Einschnitte erfolgen würden – einerseits aus Gründen der

Glaubwürdigkeit hinsichtlich des Willens zur tatsächlichen Erneuerung, denn eine ganze Reihe von Akademikern war nicht mehr tragbar, andererseits aus ökonomischen Motiven.

Die Stasi-Problematik eröffnete mehr oder weniger den personalpolitischen Reigen. Nachdem die entscheidenden Gremien mit Reformern besetzt waren, gerieten Verstrickungen von MfS und Universität ins Visier der Erneuerer. Bekannte Stasi-Mitarbeiter zogen sich, sobald enttarnt, meist selbst zurück. In anderen Fällen konnten Regelungen bezüglich ihres Ausscheidens aus dem Universitätsbetrieb vereinbart werden. Als juristisch bedenklich erwies sich aber das vom Senat diskutierte generelle Abverlangen einer ehrenwörtlichen Erklärung von allen Mitarbeitern. Es gab zahlreiche Abwehrreaktionen, die schließlich zur Einstellung dieses Verfahrens führten. Erst mit den rechtlich abgesicherten Überprüfungen der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes durch das Land Thüringen kehrte dann in die MfS-Thematik eine gewisse bürokratische Ruhe ein.

Der erste richtige Anstoß zu umfangreichen personellen Veränderungen kam von außen. Am 23. Mai 1990 beschloß der Ministerrat der DDR die Abberufung der ML-Hochschullehrer. Allerdings räumte der Minister die Möglichkeit von Umberufungen, Abstufungen und neuen Arbeitsverhältnissen ein. Zu diesem Zweck setzte der Jenaer Senat einen Ausschuß ein, der über die wissenschaftliche Kompetenz der Betroffenen zu befinden hatte. Damit fand erstmals eine von außen initiierte, interne Evaluierung der Lehre statt. An der Sektion Marxismus-Leninismus arbeiteten vor der Wende 32 Hochschullehrer. Neun waren schon ausgeschieden bzw. für ein Ausscheiden vorgesehen, nach Meinung des Rektors war bei acht Hochschullehrern eine Umberufung denkbar. Im September 1990 schließlich beschloß der Senat die Umberufung von zwei Professoren, die Weiterbeschäftigung von sieben anderen auf befristeten Stellen. Außerdem entschloß man sich zur Kündigung von neun Dozenten, wobei der Senat über die Intentionen des Rektors hinausging, der befristete Assistenzen auch für diese vorgeschlagen hatte. Hier deutete sich bereits der Konflikt zwischen dem Senat und dem eher integrationswilligen und konfliktscheuen Rektor an, der dann während der Abwicklungsdiskussionen im Dezember 1990 offen ausbrach.

Reform von unten – Die Jenaer Initiative zur Eigenevaluierung

Ein beachtlicher Schritt zur Erneuerung in personeller Hinsicht wurde vor der deutschen Einheit von Angehörigen der Universität mit der Initiative zu einer internen Evaluierung der Hochschullehrer selbst gemacht. Das war vor allem deswegen beachtlich, da es zum Jenaer Vorstoß kein Pendant an den anderen Universitäten und Hochschulen der ehemaligen DDR gab. Am 1. August 1990 erreichte den Rektor ein Brief von Mitgliedern der ADEH, die vorschlugen, im Rahmen der neu geschaffenen Strukturen Ausschau nach solchen Hochschullehrern zu halten, die ihre Position dubiosen Verfahren verdankten und deren wissenschaftliche Kompetenz zweifelhaft sei. Das Procedere sollte nach Vorstellung der Unterzeichner so transparent und dadurch so unanfechtbar wie möglich sein. Die Anregung, den inzwischen gegründeten Personalrat einzubeziehen, war dazu ebenso geeignet wie in problematischen Fällen das Urteil externer Gutachter aus den alten Bundesländern. Einer negativen Evaluierung sollten nach Willen der Initiatoren auch Konsequenzen folgen. In einer außerordentlichen Senatssitzung wurde am 28. August 1990 der Vorschlag diskutiert und im Anschluß daran ein Evaluierungsausschuß ins Leben gerufen, der bindende Richtlinien erarbeitete. Demnach waren alle Hochschullehrer dazu aufgerufen, ihren wissenschaftlichen Werdegang darzustellen und im jeweiligen Dekanat für zwei bis drei Wochen auszulegen, um die Öffentlichkeit der Prozedur zu gewährleisten und um Kollegen die Möglichkeit zu geben, Bemerkungen zur persönlichen Integrität oder zu schweren Verfehlungen zu machen. Die einzureichende Liste sollte unter anderem Auskünfte enthalten zu Qualifikationen, beruflichem Werdegang, Arbeitsgebieten und Veröffentlichungen, aber auch zu Ehrungen und staatlichen Ämtern von 1949-1989. Dabei war es der erklärte Anspruch der Kommission, die persönliche Integrität eines Hochschullehrers nicht zu bezweifeln.

Trotzdem der Evaluierungsbeschluß des Senats einer hochschulrechtlichen Grundlage entbehrte, hielt sich der Protest in Grenzen. Wie zu erwarten war, kamen die kritischen Stimmen vor allem aus den ideologielastigen Bereichen. Aufgrund der zügigen Arbeit waren bereits Anfang Dezember erste Bereiche evaluiert. Was vorerst freilich die Konsequenzen bei negativen Voten der Kommission bzw. des Senats betraf, operierte man freilich wieder im rechtsfreien Raum. Wurden Stasi-Verdächtigungen oder schwere Amtsvergehen ruchbar, verließ der Betreffende

meist freiwillig die Alma mater. Komplizierter war es bei Fällen, in denen die fachliche Kompetenz als nicht ausreichend erachtet wurde. Hier konnte in intensiven Einzelgesprächen nur auf die – z.T. mit Abfindungen geförderte – Einsicht des betreffenden Kandidaten gebaut werden.

Reform von oben – Die Abwicklung und ihre Folgen

Die demokratische Erneuerung der Alma mater erhielt ihre juristische Beschleunigung schließlich durch den Abwicklungsbeschluß des Landes Thüringen vom Dezember 1990. Was den Erneuerern an der Universität aus rechtlichen Gründen nicht bzw. nicht schnell genug gelingen konnte, vermochte der Beschluß des Thüringer Wissenschaftsministers Ulrich Fickel binnen kürzester Frist umzusetzen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn der Kanzler, der Senat und die Prorektoren die Abwicklung prinzipiell begrüßten, ja sogar in ihrer eigenen Konzeption im Vorfeld über die letztlich vom Minister beschlossenen Maßnahmen hinausgingen.

Die Emotionen schlugen nach dem Bekanntwerden der Absichten der ostdeutschen Landesregierungen im Herbst 1990 hoch, und der Ton der Auseinandersetzung wurde mit dem Näherrücken des Stichtages zunehmend unsachlicher und polemischer. Die Angst vor einer „Kahlschlagsanierung“ grassierte (vgl. Kuczynski 1993, 41f.). Die einsetzenden Proteste, mit denen sich die Jenaer Universitätsleitung in dieser Zeit, aber auch nach vollzogener Abwicklung konfrontiert sah, zeigten die Verunsicherung unter Studenten und Lehrkräften, die bis zu übertriebenen und realitätsfernen Befürchtungen reichten. So kursierte ein Flugblatt der „Studentischen Linken“, das das nahe Ende der Universität thematisierte. Protest regte sich allerorten. Die Jenaer Studenten demonstrierten vor dem Rektorat, später mit anderen Thüringer Kommilitonen sogar vor dem Wissenschaftsministerium in Erfurt.

Vielfach wurde der Verdacht geäußert, die Abwicklung sei eine politische motivierte Säuberung. Man wird diesen Verdacht letztlich nicht vollständig ausräumen können. Der amerikanische Historiker Charles S. Maier meint: „Unabhängig von allen guten Absichten, alle 'Säuberungen' haben etwas strukturell Willkürliches; das war selbst bei der Entnazifizierung vor vierzig Jahren nicht anders.“ (Maier 1999, 466) Ob man aber soweit gehen kann, der Bundes- wie den Landesregierungen und letztlich auch dem Senat der Salana in erster Linie eine politisch motivierte Säuberungsabsicht zu unterstellen, ist zu bezweifeln. Vielmehr muß die univer-

sitäre Abwicklung als ein in vielen Fällen schmerzlicher und im Falle der Geisteswissenschaften zwangsläufig von politisch-ideologischen Erwägungen begleiteter, aber insgesamt notwendiger Aderlaß begriffen werden.

In der angespannten Lage spitzte sich der Konflikt zwischen dem Senat und dem Rektor zu, der die umfassenden Abwicklungsideen dieses Gremiums nicht mehr teilte. Als Schmutzer sich bei einer Personalvollversammlung mit einer aufgebrachten Mitarbeiterschaft konfrontiert sah, fühlte er sich veranlaßt, einen persönlichen Brief an den Thüringer Wissenschaftsminister zu schreiben, in dem er eine großzügige Abwicklung ablehnte und sich auf Seiten des Personalrates und der Abwicklungsgegner stellte. Das Verhältnis Schmutzers zum Senat, zum Kanzler und zu den Prorektoren verschlechterte sich nach seinem Brief. Die atmosphärischen Störungen währten schließlich bis zum Ende von Schmutzers Amtszeit. Der Thüringer Wissenschaftsminister blieb schließlich von diesen Ereignissen bei seiner Entscheidungsfindung nicht ganz unbeeindruckt, denn die sogenannte Positivliste, die das Ministerium beschloß, machte evident, daß sich der Minister nicht völlig für die vom Senat gewünschte Konzeption entschieden hatte.

Massive Kritik kam nach Vorlage des Abwicklungsbeschlusses vor allem aus dem Bereich Rechtswissenschaft. Deren Dekan informierte die Universitätsleitung bereits Ende Dezember, daß eine Klage der Fakultät gegen die Abwicklung beim Verwaltungsgericht Gera eingereicht worden sei. Diese wurde zwar später wieder zurückgezogen, der Graben aber war weder zu übersehen noch einfach so zu überbrücken. Ebenso wehrte sich die abgewickelte Sektion Politik- und Sozialwissenschaften. Die Klage wurde Mitte 1991 abgewiesen.

Das provisorische Konzil vom Juni 1991

Unter dem Eindruck der Abwicklung und der dadurch verursachten Unsicherheiten beantragte die studentische Gruppe im Senat die schnellstmögliche Einberufung eines Konzils. Absicht der Initiative war es, die universitäre Öffentlichkeit über den Stand der Erneuerung und über Grundsätze und Ziele der weiteren Entwicklung der Universität zu informieren. Mit Nachdruck ging man daran, die Universitätsangehörigen für ein Konzil mit Entscheidungsbefugnissen zu mobilisieren. Ab Mitte Januar 1991 lief eine entsprechende Unterschriftenaktion. Unterstützung fand der Studen-

tenrat bei Gewerkschaften und Personalrat, die sich ebenfalls für ein Konzil aussprachen.

Die Idee eines Konzils stieß beim Senat nicht auf Gegenliebe. Das Thema wurde gemieden und kam nur durch die Unnachgiebigkeit von Studenten- und Personalrat immer wieder, allerdings halbherzig, zur Sprache. Die bewußte Verzögerung deutet darauf hin, daß der im Januar 1990 gewählte *provisorische* Senat als Speerspitze der Erneuerung an der Universität in Teilen Züge einer Versammlung von *patres universitatis* angenommen hatte, die sich bei ihrer Arbeit nur bedingt in die Karten schauen ließen und auch in dieser Phase die Zügel nicht aus der Hand nehmen lassen wollten. Der Vergleich der Arbeit der neuen Universitätsleitung und der Undurchsichtigkeit von Entscheidungsprozessen zu DDR-Zeiten war freilich polemisch, zeugt aber von der Enttäuschung. Der Elan des Aufbruchs im Herbst 1989 war endgültig der Ernüchterung gewichen. Andererseits muß zur Verteidigung der Universitätsleitung bemerkt werden, daß auch sie mit Intransparenz von Entscheidungsprozessen zu kämpfen hatte, was besonders deutlich vor der Abwicklung der Fall war. Zudem gab es neben den statutbedingten Unklarheiten ganz pragmatische Gründe, die Einberufung des Konzils hinauszuzögern. Eine emotional aufgebrachte und daher unberechenbare Mitarbeiterschaft Grundsatzentscheidungen treffen zu lassen, hätte womöglich die Verlangsamung der notwendigen Strukturmaßnahmen zur Folge gehabt. Und selbst wenn solche, den Strukturierungsprozeß retardierenden Grundsatzentscheidungen wegen juristischer Unhaltbarkeit keine Umsetzung erfahren hätten, so wäre man doch in der prekären Lage gewesen, die Universität gegen den Willen einer Majorität zu leiten. Der Schaden, den die Alma mater damit genommen hätte, wäre nicht unerheblich gewesen und hätte unter Umständen den völligen Verlust der ohnehin eingeschränkten Autonomie bedeutet.

Der Senat sah sich auf dem schließlich dennoch einberufenen, provisorischen Konzil im Juni 1991 auch prompt mit einem Mißtrauensantrag des Studentenrates konfrontiert. Der Leitung der Salana gelang es aber, die schon erreichten Veränderungen, die Notwendigkeiten und Chancen eines grundlegenden Um- und Aufbaus positiv herauszustellen. Das Votum einer Zweidrittelmehrheit gegen den Antrag zeigte jedoch die Differenzen, die zwischen einem Teil der Mitarbeiterschaft und der Leitung bestanden. Zwar war die Gefahr einer echten Krise gebannt, allerdings auch ein ernstes Zeichen für die Universitätsleitung gesetzt. Das proviso-

rische Konzil war ein ganz wesentlicher Stimmungstest für Senat und Rektor und das Abstimmungsergebnis zugleich ein Abbild der Stimmungslage unter den Universitätsangehörigen. Bei aller Emotionalität hatte sich schließlich der Pragmatismus und die Einsicht in die Notwendigkeit struktureller und personeller Maßnahmen durchgesetzt. In einer der nächsten Sitzungen begrüßten die Senatoren den Dialog mit Studenten- und Personalrat und bekundeten ihren Willen zu dessen Fortsetzung, um die beklagte Intransparenz abzubauen. Die Öffentlichkeit von Senatsitzungen und die umgehende Information über das Referat Öffentlichkeitsarbeit sowie in besonderen Fällen kurzfristig einzuberufende Informationsveranstaltungen sollten nun helfen, das Mißtrauen abzubauen. War der Prozeß der Umstrukturierungen mitnichten im Juni 1991 abgeschlossen, so war er doch zumindest durch das Votum der Mitarbeiter hinreichend legitimiert und durch die inzwischen externe Steuerung durch das Thüringer Wissenschaftsministerium ohnehin irreversibel.

Vorläufiges Fazit

„Die historisch-wissenschaftliche Analyse der Wende in Jena ist noch ausstehend“, formulierte der Jenaer Physiologe Ulrich Zwiener zutreffend im Jahre 1995 (Zwiener 1995, 55). Inzwischen liegt allerdings eine Magisterarbeit zum nämlichen Thema vor (vgl. Ploenus 1999). Ein umfangreicherer Dokumentenband ist erarbeitet und wird noch in diesem Jahr erscheinen.² Ob damit erschöpfend Auskunft gegeben ist, darf offenbleiben. Wünschenswert für ein noch differenzierteres Bild wären zahlreiche Erinnerungen und Memoiren von damaligen Protagonisten – Verlierern wie Gewinnern der Wende. Angesichts der Geradlinigkeit der Erneuerung, ganz zu schweigen von Reformgeschwindigkeit und Selbsterneuerungsfähigkeit vor der Abwicklung, darf dennoch eine ganz klar positive Bilanz der Jenaer Wende gezogen werden, auch wenn manche Idealisten noch immer den basisdemokratischen Träumen von einst nachhängen und die Wunden derer, deren Universitätskarrieren abrupt endeten, noch nicht verheilt sind. Daß das jetzige System seine gravierenden Schwächen und Verkrustungen hat, ist ein Allgemeinplatz. Nur sollte man die Resultate ins richtige Verhältnis setzen. Nicht an den hochschulpolitischen Fehlern

² Verantwortlich zeichnen dafür Prof. Herbert Gottwald und Michael Ploenus. Die Publikation wird im Hain Verlag Rudolstadt erscheinen.

und Versäumnissen der alten Bundesrepublik ist demnach zu messen, sondern *zunächst* einmal an der totalitären Deformation der DDR-Hochschullandschaft. Alles andere wäre Augenwischerei.

Literatur

- Bender, Peter (1992): Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr?, Hamburg/Zürich.
- Fischer, Bernd-Reiner (1992): Bildung und Wissenschaft im Einigungsprozeß, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn, S.336-364.
- Herrmann, Peter/Heinz Steudel/Manfred Wagner (1997): Der Physikerball 1956. Vorgeschichte - Ablauf - Folgen, Jena.
- Kluge, Gerhard/Reinhard Meinel (1997): MfS und FSU. Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Erfurt.
- Kuczynski, Jürgen (1993): Kahlschlagsanierung, in: *hochschule ost* 6/1993, S.41f.
- Maier, Charles S. (1999): Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt am Main.
- Mayntz, Renate (1994): Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt am Main/ New York, S.283-312.
- Mühlen, Patrik von zur (1995): Der "Eisenberger Kreis". Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953-1958, Bonn.
- Ploenus, Michael (1999): Aufbruch und Erneuerung. Die Wende an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1988-1993, Magisterarbeit, unveröff., Jena.
- Schieck, Tilo (2000): Der Herbst der Jenaer Studenten? Persönliches Resümee des Wendejahres an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: Peer Pasternack/Thomas Neie (Hg.), stud.ost 1989 – 1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Leipzig, S.225-229.
- Schmutzer, Ernst (1995): Interregnum und „Jenaer Modell“. Die Friedrich-Schiller-Universität Jena in der politischen Wende 1989-1991, in: Überlast in Freiheit. Festschrift für Dietrich Grille (Kultur und Geschichte Thüringens, Bd. 12), S.131-142.
- Zwiener, Ulrich (Hg.) (1990): Wartburgtreffen 1990. Ein demokratisches Deutschland für Europa, Jena.
- Zwiener, Ulrich (1995): Die Wende an der Jenaer Universität. Erlebnisbericht eines Beteiligten, in: *hochschule ost* 5-6/1995, S.55-67.
- Zwiener, Ulrich (1998): Zwischen Gestern und Morgen. Jenaer Begegnungen, Jena.
- Zwiener, Ulrich/Christel Fenk (Hg.) (2001): 1991 – 2001. Zehn Jahre Collegium Europaeum Jenense. Eine kleine Chronik, Jena